

Stellungnahme zum Zweiten Engagementbericht der Bundesregierung

**von Gabriella Hinn, BaS-Geschäftsführerin
und Ursula Woltering, BaS-Referentin für aktives Altern in der Kommune und
Fachbereichsleiterin für Jugend, Soziales und Integration der Stadt Ahlen**

Am 29.3.2017 hat sich das Bundeskabinett mit dem Zweiten Engagementbericht der Bundesregierung befasst. Der lang erwartete Bericht konnte somit nun veröffentlicht werden.

Der Zweite Engagementbericht „Demografischer Wandel und bürgerschaftliches Engagement: der Beitrag des Engagements zur lokalen Entwicklung“ enthält gesellschaftspolitisch hochrelevante Analysen und Empfehlungen. Insbesondere trifft er Aussagen zur Zahl engagierter Bürgerinnen und Bürger, zur Bedeutung des Engagements für Fragen der Integration und des Umgangs mit geflüchteten Menschen, zu zivilen und unzivilen Formen des Engagements, zum Verhältnis von Engagement und Demokratie, zu Formen der Bezahlung von Engagement, zur Bedeutung der Bildung für die Engagementförderung sowie zu regionalen Unterschieden des Engagements.

Umfassender Engagementbegriff

Im Gegensatz zum Ersten Engagementbericht der Bundesregierung, der 2012 unter dem Titel „Für eine Kultur der Mitverantwortung“ veröffentlicht wurde, löst sich die Sachverständigenkommission des Zweiten Engagementberichts von der Verpflichtung zum Engagement. Sie verwendet einen sehr umfassenden Engagement-Begriff, der neben dem ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Engagement auch das informelle, aber hochwirksame nachbarschaftliche Engagement und Engagement im sozialen Nahraum umfasst.

Die Lösung vom bürgerschaftlichen Engagement-Begriff folgt der Praxis der Seniorenbüros, die Menschen in unterschiedlichen Lebenslagen Perspektiven für Teilhabe ermöglichen. Die Debatte, wie sich die Vielfalt der Gesellschaft im Engagement auswirken kann, wird auch von der Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros vorangetrieben.

Es bleibt allerdings die Frage offen, ob durch den sehr allgemeinen Dachbegriff „Engagement“ in der breiten Öffentlichkeit sichtbar wird, welchen Beitrag das freiwillige Engagement für ein gutes gesellschaftliches Miteinander leistet.

Als Vertreterinnen von Netzwerken der Seniorenbüros begrüßen wir sehr, dass der zweite Engagementbericht sich vom Gedanken einer Verpflichtung Älterer zum Engage-

gement löst. Ältere Menschen wollen selbst bestimmen und entscheiden, ob und in welchem Umfang sie sich freiwillig für sich und andere engagieren!

Hohe Zuwachsraten bei älteren Menschen

Die Ergebnisse des Zweiten Engagementberichts zeigen, dass es in den Altersgruppen der 60- bis Mitte 70-jährigen die höchsten Zuwachsquoten von Engagement gibt. Dies resultiert nicht nur aus der verbesserten Lebenssituation und Gesundheit, sondern hängt sicherlich auch mit gewandelten Altersbildern und einer deutlich gewachsenen Zahl an lokalen Anlaufstellen für bürgerschaftliches Engagement – Seniorenbüros und andere – zusammen.

Dennoch ist das Engagement älterer Menschen nach wie vor deutlich mittelschichtorientiert. Lebenslange Benachteiligungen bei Einkommen, Bildung etc. verstärken sich im Alter und führen zu einem geringeren Engagement benachteiligter Bevölkerungsgruppen.

Insofern ist es folgerichtig, dass im Zweiten Engagementbericht – wie auch im aktuellen Siebten Altenbericht der Bundesregierung – ein großer Schwerpunkt auf die Berücksichtigung sozialer Ungleichheit und die Förderung der Teilhabe benachteiligter Personen gelegt wird und dies als ein wichtiges Kriterium bei der lokalen Engagementförderung erachtet wird. Laut den Empfehlungen des Zweiten Engagementberichts soll der demografische Wandel als *sozialer Wandel* verstanden und gestaltet werden, wobei regionale Disparitäten und strukturschwache Regionen besonders berücksichtigt werden müssen.

Die Arbeitsweise und die Erfolge der Seniorenbüros werden im Zweiten Engagementbericht sehr differenziert betrachtet und spiegeln die Realität der mehr als 400 Seniorenbüros im Bundesgebiet gut wider.

Seniorenbüros: sozialräumlich und zielgruppengerecht

Seniorenbüros fungieren als wichtige Einrichtungen der Engagementförderung und leisten dabei auch Bildungsarbeit. Sie sind wichtige Knotenpunkte lokaler Engagementförderung und Vorreiter einer innovativen lokalen Altenpolitik. Die Sachverständigenkommission zum Zweiten Engagementbericht fordert, dass Angebote sozialräumlich und zielgruppengerecht gestaltet und Netzwerke mit anderen Trägern und Bildungseinrichtungen geknüpft werden sollen – dies verwirklichen Seniorenbüros bereits seit ihrer Gründung.

Seniorenbüros sind Katalysatoren der lokalen Netzwerkarbeit und seit fast 25 Jahren wesentlicher Bestandteil der engagementfördernden Infrastruktur in Deutschland. In ihrer Engagementförderung sind sie sozialräumlich orientiert, indem sie z.B. Nachbarschaftshilfen aufbauen und begleiten. Seniorenbüros sind wichtige Gestalter des sozialen Wandels, sie befähigen zur Selbstgestaltung mit Älteren für Ältere und sind Impulsgeber für die Stärkung der Bürgerbeteiligung. Sie schaffen Anreize für zivilgesellschaftliches Handeln und neue Verantwortungsrollen im Alter. Seniorenbüros fördern die Anerkennungskultur und ermutigen ältere Menschen, Aufgaben zu übernehmen. Dabei geht

es keineswegs um eine „Rekrutierung“ zum Engagement, sondern um Befähigung und Ermöglichung zur selbstbestimmten Mitgestaltung der Umwelt und der Gesellschaft.

Engagement stärkt Kommunen

Mit Recht weist der Engagementbericht darauf hin, dass das Engagement herausragende Funktionen für den Zusammenhalt und die Weiterentwicklung des Gemeinwesens und für den sozialen Frieden in der Kommune hat. Das freiwillige Tun und das damit verknüpfte lebenslange Lernen fördert die soziale, ökonomische, kulturelle und digitale Teilhabe der Einzelnen. Zugleich entsteht durch die Sorge und den Einsatz für andere ein Mehrwert für die Gemeinschaft. Dies ist gut für die Stadt oder das Dorf, erfordert aber Unterstützungskonzepte auf Augenhöhe, die den Kommunen auch „etwas wert“ sein sollten und dementsprechend ausreichend ausgestattet werden müssen.

Die Partizipation und Interessensvertretung von Bürgerinnen und Bürgern bei kommunalen Vorhaben findet längst jenseits der etablierten Sozialverbände und Parteien statt. Viele Menschen engagieren sich lieber in themenorientierten, zeitlich begrenzten Initiativen, wie die Flüchtlingshilfe oder der Protest gegen lokale Großprojekte zeigen. Die Kommunen müssen sich diesen neuen Konzepten gegenüber öffnen. Engagement muss aus der Perspektive des Engagierten betrachtet werden und nicht aus der Sicht der kommunalen Koordination. Hier bieten die Seniorenbüros mit ihren offenen, flexiblen Arbeitsweisen die geeigneten Anknüpfungspunkte.

In Quartieren mit komplexen sozialen Problemlagen ist zunächst eine hohe Zielgruppennähe gefragt, um auch hier die Perspektive der Bewohnerinnen und Bewohner wertfrei einzunehmen. Engagement ist für manche in ihrem Alltagsleben fremd, obwohl Hilfsbereitschaft und Anteilnahme gelebt werden. Erfahrungen aus den Seniorenbüros zeigen: Niederschwellig und mit langem Atmen können diese Menschen für eine kommunale Mitwirkung gewonnen und durch Erfolge ermutigt werden.

Wertschätzung des informellen Engagements

Auch mit Blick auf das Engagement von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte gilt es, Wertschätzung zu zeigen für die bestehenden Formen der gegenseitigen Unterstützung und kultursensibel an die Lebenslage der Menschen anzuknüpfen. Diese Haltung steckt jedoch bei ursprungsdeutschen Einrichtungen noch in den Kinderschuhen. Wie Praxiserfahrungen aus den Seniorenbüros zeigen, reiben sich insbesondere älteren Migrantinnen und Migranten erstaunt die Augen, dass man jetzt mit Engagementideen auf sie zukommt, nachdem die soziale Arbeit sie in Bezug auf soziale Teilhabe und Sprachvermittlung in den letzten 30 Jahren weitestgehend übersehen hat. „Warum kommt Ihr erst jetzt?“ lautet ihre berechtigte Frage.

Die Erfahrungen zeigen aber auch, dass sich die Engagementvorstellung der jüngeren Migrantinnen und Migranten mit denen von vielen Ursprungsdeutschen decken: sie sind bereit, sich ansprechen zu lassen und sich für persönlich relevante Themen zeitlich begrenzt, aber intensiv einzusetzen.

Im Rahmen der Daseinsvorsorge hat die Kommune zahlreiche weitere Berührungspunkte mit dem Engagement, wie z.B. im Sport, Kultur, Mobilität, Umweltschutz, Katastrophenschutz, Politik und der Mehr-Generationen-Arbeit, die im Engagementbericht mit praxisnahen Hinweisen gewürdigt werden.

Engagement ist unentgeltlich

Der Zweite Engagementbericht positioniert sich klar zu einem weiteren Aspekt: Engagement ist unentgeltlich, so die Kommission. Sie sieht hierbei ein wichtiges Wesensmerkmal freiwilligen Engagements. Da in der Praxis jedoch verschiedene Formen der Monetarisierung, insbesondere im Hinblick auf pflegeergänzende Angebote etc. an Bedeutung gewinnen, ist auch von Seiten der Seniorenbüros eine deutliche Abgrenzung zur Erwerbsarbeit notwendig.

Die im Rahmen des Engagements entstehenden Kosten müssen erstattet werden, zumal auch für ältere Menschen in prekären finanziellen Situationen ein Zugang zum Engagement ermöglicht werden muss. Oftmals fehlen allerdings den Seniorenbüros die entsprechenden Mittel für die Gewährung von Auslagenersatz und Erstattung von Kosten beim Besuch von Bildungsangeboten.

Seniorenbüros brauchen solide Rahmenbedingungen

Das freiwillige Engagement, auch und gerade das der Seniorinnen und Senioren, ist ein Beitrag zum sozialen Zusammenhalt, zu einer stabilen Demokratie und gleichzeitig eine Chance zur eigenen gesellschaftlichen Teilhabe. Dafür setzen sich die Seniorenbüros ein. Diese immer wichtiger werdende Aufgabe können sie jedoch nur erfüllen, wenn sie selbst ausreichend und verlässlich finanziert sind. Bund, Länder und Kommunen müssen diese sozialräumlich orientierten engagementfördernden Strukturen fördern und unterstützen.

Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros e.V.

Thomas-Mann-Str. 2-4

53111 Bonn

Tel. 0228 / 61 40 74

E-Mail: bas@seniorenbueros.org

www.seniorenbueros.org